

Resolution

der Vertreterversammlung 2004 des Deutschen Philologenverbandes

zur Berufspolitik

Das Berufsbeamtentum, besonders der Beamtenstatus von Lehrerinnen und Lehrern wurde in der Vergangenheit und in der Gegenwart immer wieder in Frage gestellt.

Die Vorwürfe gipfeln darin, dass der Beamtenstatus antiquiert, unflexibel und besonders für ein modernes Schulwesen nicht mehr zeitgemäß sei. Sogar das schlechte Lehrermage wird mit dem Beamtenstatus in Verbindung gebracht.

Mit aller Entschiedenheit weist der DPhV diese Angriffe zurück und fordert nachdrücklich und konsequent den Beamtenstatus als Regel-Beschäftigungsverhältnis von Lehrerinnen und Lehrern in den östlichen und westlichen Bundesländern. Der DPhV hält den Beamtenstatus im Bildungsbereich nicht für einen Nachteil, sondern für einen Vorteil des Bildungsstandortes Deutschland.

Erziehung und Bildung, soweit sie von Schulen geleistet werden, sind eine wesentliche staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge für die Bürger.

Alle Staatsaufgaben, die der Daseinsvorsorge des Einzelnen dienen, sind dauerhaft zu erbringen und dürfen keinerlei Beeinträchtigung erfahren.

Schuldienst, wie ihn Lehrerinnen und Lehrer ausüben, gehört deshalb zu den Staatsaufgaben, die nicht durch Tarifaueinandersetzungen und Streik beeinträchtigt werden dürfen. Eine streikfreie Schule ist nur durch den Beamtenstatus als Regel-Beschäftigungsverhältnis der Lehrerinnen und Lehrer zu gewährleisten, denn nach den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums schließen sich Beamtenstatus und ein Streik beamteter Lehrerinnen und Lehrer aus.

Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen erfüllen Hoheitsaufgaben, denn sie beeinflussen mit Noten- und Zeugniserteilung, mit Versetzungs- und Abschlussvergabe-Kompetenz und in der Ausübung von Disziplinarrechten in hohem Maße die Lebenslaufbahn einzelner Schülerinnen und Schüler. Diese Aufgabe bedarf einer besonderen Bindung an Recht und Gesetz, wie sie nur der Beamtenstatus bietet.

Darüber hinaus sichert der Beamtenstatus den Lehrerinnen und Lehrern die notwendige Unabhängigkeit und den pädagogischen Freiraum, den sie brauchen, um gegen unzulässige Einflussnahme geschützt zu sein. Eine Statusänderung der Lehrer hätte nach Auffassung des DPhV weitreichende Konsequenzen für die Leistungsfähigkeit des staatlichen Schul- und Bildungswesens.

Der DPhV fordert deshalb die Landesregierungen und Parlamente auf, Lehrerinnen und Lehrer in der Regel als Beamte einzustellen und den Beamtenstatus für Lehrer gesetzlich festzuschreiben.

Er erinnert aber gleichzeitig daran, dass der Staat gegenüber den Beamten eine besondere Fürsorgepflicht hat.

Der DPhV bekennt sich ausdrücklich zu einer stärkeren Leistungsorientierung im öffentlichen Dienst und damit auch zu einer Modernisierung des Besoldungsrechts durch Einführung leistungsbezogener Besoldungselemente.

Mit dem vom DPhV unterstützten, vom dbb auf seinem Gewerkschaftstag in Leipzig verabschiedeten Reformmodell 21 sollen für den öffentlichen Dienst durch ein modernes Laufbahnrecht verlässliche Perspektiven geschaffen und eine solide Zukunft gesichert werden.

<http://www.dbb.de/mitgliederservice/reformmodell21/reformmodell21.htm>

Der DPhV fordert deshalb den Gesetzgeber auf, für

- ein modernes Laufbahnrecht, das der unterschiedlichen Vor- und Ausbildung Rechnung trägt,
- eine leistungsorientierte Bezahlung
- den Erhalt der Tarifautonomie
- die Fortführung des Flächentarifvertrages
- ein modernes und konkurrenzfähiges Tarifrecht
- eine Stärkung der gewerkschaftlichen Beteiligungsrechte auch bei Beamten
- eine an den Interessen der Beschäftigten ausgerichtete Flexibilisierung der Arbeitszeit

einzutreten und den in den letzten Monaten sichtbar gewordenen Bedrohungen des öffentlichen Dienstes entgegenzuwirken.

Der DPhV spricht sich entschieden gegen jegliche Ungleichbehandlung einzelner Gruppen der Beamten in der Besoldung und insbesondere gegen eine besoldungsmäßige Abkoppelung der Lehrer von der allgemeinen Besoldungsentwicklung aus.

Der DPhV fordert die sofortige Rücknahme der Kürzung der Bezüge der Lehramtsreferendare, denn ohne Rücknahme der Kürzung ist es unmöglich, die Besten für den Lehrerberuf zu gewinnen.

Der DPhV beobachtet ebenfalls mit großer Sorge, wie aufgrund einer verfehlten und insbesondere restriktiven Einstellungspolitik hoch qualifizierter und motivierter Lehrernachwuchs den Gymnasien verloren geht mit der Folge, dass auf Dauer Fächer mit hohem gymnasialen Bildungswert in ihrer Existenz gefährdet sind.

Grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung des staatlichen Bildungsauftrages sind nach Auffassung des DPhV angemessene und motivationsfördernde Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer. Dazu gehört nicht zuletzt ein gerechtes Arbeitszeitmaß, das den psychischen und physischen Belastungen der Lehrkräfte Rechnung trägt und das sie vor allem auch mit den übrigen Beamtengruppen gleichstellt. Alle aktuellen Arbeitszeit- und Belastungsstudien kommen zu dem Ergebnis, dass Lehrer an Gymnasien weit überdurchschnittlich belastet sind und unter Herausrechnen der über den Urlaubsanspruch hinausgehenden Ferientage auf eine Arbeitszeit von rund 45 Wochenstunden kommen.

Der DPhV lehnt eine bloße Festlegung der Lehrerarbeitszeit nach Haushaltslage ab. Die Lehrerarbeitszeit ist nicht nach Belieben der einzelnen Landesregierungen festlegbar, sondern muss die Grenzen der Belastung der Lehrer im Blick haben.

Deshalb lehnt der DPhV jegliche Arbeitszeiterhöhungen entschieden ab. Sie werden von den Lehrerinnen und Lehrern als erneute Diskreditierung ihrer Arbeit sowie als eine Missachtung ihrer nachweislich hohen Belastungen empfunden.

Der DPhV appelliert an die Politiker, die Qualität unserer Schulen im Interesse der jungen Generation nicht durch weitere Arbeitszeiterhöhungen, Stellenabbau und Sparen auf Kosten der Bildung nachhaltig zu gefährden.